

„Alle wachsen, nur wir nicht!“

Thorsten Frei (CDU), ranghoher Vertreter der Unionsfraktion im Bundestag, kritisiert die Ampel nicht nur bei Wirtschaftsthemen scharf. Er fordert, Unternehmen nicht länger zu blockieren und die Migrationspolitik umzukrempeln. Warum er auch selbstkritische Töne anschlägt.

Herr Frei, die Union hat bei der Europawahl um einen Prozentpunkt auf 30 Prozent zugelegt. Mit diesem Ergebnis können CDU und CSU in dieser Phase doch nicht zufrieden sein, oder?

Frei: Wir können durchaus zufrieden sein, weil wir unser selbstgestecktes Ziel von 30 Prozent erreicht haben. Das ist zwar kein gewaltiger Sprung seit der Europawahl 2019. Wir haben aber gegenüber der Bundestagswahl 2021 um sechs Prozent zugelegt. Man kann also klar sagen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Wir sind allerdings noch nicht da, wo wir hin möchten. Daher werden wir weiter an unserer Programmatik feilen und in nächster Zeit für jeden Politikbereich unsere Vorstellungen präzisieren, wie man Deutschland besser führen kann.

Hätte die Union nicht stärker von der Ampel-Krise und der Unzufriedenheit vieler Bürger profitieren müssen?

Frei: Sie sollten sich den großen Rahmen anschauen. CDU und CSU sind in Europa die erfolgreichsten Mitte-Rechts-Parteien. Eine der Erkenntnisse aus dieser Wahl ist, dass die Menschen deutschlandweit sehr unzufrieden mit der Politik sind, weil wesentliche Themenfelder nicht angesprochen oder falsch beantwortet werden. Aus Sicht der Union sage ich selbstkritisch, dass wir immer noch daran arbeiten müssen, dass man uns die Vergangenheit nicht nachträgt. Wir brauchen zudem eine Perspektive, dass wir das, was wir sagen, nach einer gewonnenen Wahl auch umsetzen können. Das heißt, wir müssen über 30 Prozent und damit in eine Situation kommen, in der uns mögliche Koalitionspartner nichts diktieren können.

Was sind die wichtigsten Punkte, um Deutschland jetzt einen wirkungsvollen Booster zu verpassen?

Frei: Zentraler Punkt ist jetzt ein tragfähiger Haushalt. Das ist der Prüfstein, ob diese Koalition noch handlungsfähig ist. Es muss gelingen, Mittel freizubekommen für Investitionen in die Zukunftsfähigkeit des Landes. Die Ampel muss endlich damit aufhören, den Unternehmen Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Eine Ausset-



„Die Ampel muss aufhören, Unternehmen Knüppel zwischen die Beine zu werfen“, fordert Thorsten Frei. Foto: Marina Kraut

zung des Lieferkettengesetzes würde hier schnell helfen. Wir haben dazu vor wenigen Tagen einen Gesetzentwurf eingebracht, der aber von der Koalition abgelehnt wurde. Außerdem brauchen wir wettbewerbsfähige Unternehmenssteuersätze und eine Energiepolitik, die dafür sorgt, dass wir nicht mehr die höchsten Strompreise der Welt zahlen. Unsere Wirtschaft schrumpft seit mehr als einem Jahr. Wir sind Schlusslicht in Europa und unter den Wirtschaftsnationen weltweit. Alle wachsen, nur wir nicht! Das muss uns zu denken geben.

Man kann ja aber nicht alle Probleme der Ampel in die Schuhe schieben. Wie groß ist die Mitverantwortung der Union?

Frei: Natürlich tragen wir ein Stück Mitverantwortung. Man

muss ehrlich sagen, dass die Jahre vor der Ampel-Koalition nicht die ambitionstärksten waren hinsichtlich der Frage, wie wir uns gut für die Zukunft aufstellen. Die letzte große Reform war die Agenda 2010. Im Grunde brauchen wir jetzt eine Agenda 2030, damit Deutschland nicht länger der kranke Mann in Europa bleibt.

Ein Hauptvorwurf an Kanzler Olaf Scholz ist, er habe zu wenig Gespür für die Bedürfnisse der Menschen. Hat die Union dieses Gespür?

Frei: Ganz sicher. Die Union gewinnt viele Direktmandate, ist also mit vielen Abgeordneten präsent, die vor Ort fest verwurzelt sind. Das ist unsere besondere Stärke.

Die Migrationspolitik sorgt seit Monaten für Zündstoff. Die Union

will mit Hilfe einer Drittstaatenlösung, dass über Asylanträge bereits vor der Einreise nach Deutschland entschieden wird. Wie realistisch ist das?

Frei: Unser Vorschlag der Auslagerung von Schutzverfahren ist genau durchdacht. Wir haben als einzige Partei in Deutschland ein Konzept, mit dem wir sowohl für mehr Humanität als auch für Begrenzung im Asylrecht sorgen wollen. Dazu gehört auch der Gedanke, dass der Schutz in diesen Drittstaaten gewährt wird. Schutz durch Europa muss nicht Schutz in Europa heißen.

Dafür müssen ja aber auch schwierige Länder mitziehen ...

Frei: Diese Lösung ist realistisch und rechtlich möglich. Bundestag und Bundesrat haben zehn Länder außerhalb Europas als sichere Her-

kunftsländer eingestuft. In Afrika sind das etwa der Senegal und Ghana. Mit ihnen könnten wir sprechen. Oder mit Ruanda, das bereit und in der Lage ist, solche Verfahren umzusetzen. Das hat Präsident Kagame bei einem Treffen mit Jens Spahn und Alexander Dobrindt erklärt. Ruanda würde sogar Menschen ohne Schutzstatus soziale Absicherung und Zugang zum Arbeitsmarkt gewähren.

Das bedeutet, dass Sie die Migrationspolitik der Bundesregierung verkehrt finden.

Frei: Ja, ich halte diese Politik für falsch. Sie überfordert uns als Aufnahmegesellschaft. Ein Ende des Zustroms ist nicht in Sicht. Bund, Länder und Gemeinden haben 50 Milliarden Euro für die Bewältigung der Migration aufgewendet. Zugleich ist diese Politik nicht so humanitär, wie sie vorgibt. Gerade die Hilfsbedürftigsten sind heute von einem Recht auf Asyl faktisch ausgeschlossen. Denn wer zu alt, schwach, arm oder krank ist, kann sich nicht auf den Weg durch die Wüsten Afrikas und über das Mittelmeer machen. Um es klar zu sagen: So wie es ist, kann es nicht bleiben. Wir müssen hin zu einer kontrollierten Migration, wo der Staat entscheidet, wer kommen kann, und nicht die Schlepper.

Stimmen Sie Markus Söder zu, der im Zweifelsfall auch mit den Taliban in Afghanistan ein Abkommen schließen würde?

Frei: Markus Söder hat recht. Es geht darum, Schwerkriminelle und Gefährder nach Afghanistan zurückzuführen. Söder will meines Wissens auch, dass die Regierung ihre technischen Kontakte zu den Taliban nutzt. Das geschieht bereits, etwa für Aufnahmeprogramme für Afghanen in Deutschland – bislang aber eben nur einseitig.

Was sagen Sie zum Vorschlag, Ukraine-Flüchtlingen statt Bürgergeld dieselben Leistungen wie Asylbewerbern zu zahlen?

Frei: Beim Bürgergeld für Ukraine-Flüchtlinge geht es um rund fünf Milliarden Euro pro Jahr. Das ist eine große Summe, die sich aber durch die angesprochene Änderung nicht erheblich verringern

würde. Wichtiger ist in meinen Augen, dass die Arbeitsmarktintegration für Ukrainer bislang nicht gelingt. Das liegt auch am vergleichsweise hohen Bürgergeld. Aktuell arbeiten in Deutschland etwa 20 Prozent der arbeitsfähigen Ukrainer, in anderen Ländern sind es deutlich über 50 Prozent. Daran müssen wir etwas ändern.

Stichwort Ukraine und militärische Hilfe. Müssen wir da mehr tun?

Frei: Ja. Wir brauchen generell eine massive Stärkung des Verteidigungsetats. Die vom Kanzler angekündigte Zeitenwende ist in diesem Bereich noch nicht umgesetzt. Aktuell wäre ich schon froh, wenn es gelänge, den geforderten Zwei-Prozent-Anteil des Bruttoinlandsprodukts nachhaltig bereitzustellen. Die Ukraine zu unterstützen, ist in unserem ureigensten Interesse. Deutschland tut viel, aber bei Waffensystemen könnten wir mehr tun und so einen Beitrag leisten, den Krieg schneller zu beenden. Die Bundesregierung braucht zu lange für ihre Entscheidungen. Und es fehlt oft der Mut, so wie beim Flugabwehrsystem Taurus.

Nochmals zur Innenpolitik. Die K-Frage ploppt immer wieder auf. Sie haben nach der Europawahl in sozialen Medien gepostet, mit Friedrich Merz sei die Union auf dem richtigen Kurs. Warum wäre Merz als Kanzlerkandidat besser als Markus Söder?

Frei: Diese Frage beantworten wir nach den Wahlen in Ostdeutschland. Am Ende werden das die Vorsitzenden von CDU und CSU miteinander klären. Wir wollen ja nicht nur einen Kandidaten, sondern einen Bundeskanzler.

Interview: Markus Raffler

Zur Person

Thorsten Frei (50) ist Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/-CSU-Bundestagsfraktion und Vertrauter von CDU-Chef Friedrich Merz. Der Vater dreier Kinder stammt aus Bad Säckingen im Schwarzwald. In Füssen nahm er nun an einer Diskussion mit Wirtschaftsvertretern teil.